

Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

03/2016 22.01.2016

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neu:



Harald Lidauer

[Das Demokratieprinzip](#)

Die Monografie stellt einen rechtshistorischen Beitrag zur Entwicklungsgeschichte des Demokratieprinzips in Österreich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert dar, wobei dieser Abschnitt systematisch und chronologisch aufgearbeitet wird. Dabei richtet sich der Fokus nicht nur auf die Ebene des Gesamtstaates, sondern gleichermaßen auch auf die jeweiligen Entwicklungen auf Landes- und Gemeindeebene, wobei insoweit schwerpunktmäßig eine Bezugnahme auf das Bundesland Oberösterreich stattfindet.

50 Euro, XVII und 438 Seiten, gebunden, ISBN 978-3-902883-26-1

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl II 12/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, mit der die Altlastenatlas-VO geändert wird (**2. Altlastenatlas-VO-Novelle 2015**)

[BGBl II 15/2016](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über den höchstzulässigen Prozentsatz für den Rechnungszins und den rechnungsmäßigen Überschuss (**Pensionskassen-Rechnungsparameterverordnung – PK-RPV**)

[BGBl II 16/2016 \(Anlage\)](#)

Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) über die Gliederung und Meldung der Formblätter für die Jahresabschlussdaten gemäß § 30 Abs. 4 und § 30a Abs. 1 des Pensionskassengesetzes (**Formblatt- und Jahresmeldeverordnung 2016 – FJMV 2016**)

[BGBI II 17/2016](#)

Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft über statistische Erhebungen für den Bereich der Elektrizitätswirtschaft (**Elektrizitätsstatistikverordnung 2016**)

[BGBI II 18/2016 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft betreffend das **Verzeichnis der harmonisierten Normen für die Sicherheit von Persönlichen Schutzausrüstungen**

[BGBI II 19/2016 \(Anlage\)](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft mit der das **Normenverzeichnis für die Sicherheit von Aufzügen und von Sicherheitsbauteilen für Aufzüge der ASV 2008 aktualisiert** wird

[BGBI III 9/2016 \(Anlage I\)](#)

Übereinkommen über die **Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank**

[BGBI III 12/2016 \(Anlage I\)](#)

Abkommen zwischen der **Österreichischen Bundesregierung** und der Regierung der Sonderverwaltungsregion Hongkong der **Volksrepublik China** über **Flugverkehrsdienste**

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 11 v 16.01.2016, 1](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2016/38 der Kommission vom 14. Januar 2016 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 555/2008 hinsichtlich des **Höchstbetrags** für **Vorschusszahlungen** zur Unterstützung von Investitionen und Innovationen im Rahmen der **nationalen Stützungsprogramme** im **Weinsektor**

[ABI L 12 v 19.01.2016, 1](#)

Verordnung (EU) 2016/44 des Rates vom 18. Januar 2016 über **restriktive Maßnahmen** angesichts der Lage in **Libyen** und zur **Aufhebung der Verordnung (EU) Nr 204/2011**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

19.11.2015, [V 54/2015 ua](#)

StraßenverkehrsO; Gesetzwidrigkeit einer Verordnung betreffend eine **Zonenbeschränkung** von 30 km/h in der Stadt Traun **mangels Feststellung der Erforderlichkeit** der Geschwindigkeitsbeschränkung in einem **Ermittlungsverfahren**

09.12.2015, [G 25/2013](#), [V 14/2013](#)

Ktn TourismusG; Zurückweisung eines Individualantrags der Landeshauptstadt Klagenfurt und einer regionalen Tourismusgesellschaft auf Aufhebung von Bestimmungen des Ktn TourismusG betr die **zwangsweise Errichtung von Tourismusverbänden** sowie der Verordnung hinsichtlich der Errichtung des Tourismusverbands „Klagenfurt am Wörthersee“ als unzulässig

10.12.2015, [V 59/2015](#)

ArbeitsverfassungsgG; TierärztekammerG; Verstoß einer Verordnung des Bundeseinigungsamts über die Änderung des **Mindestlohntarifs für angestellte Tierärzt/innen** gegen das Arbeitsverfassungsgesetz angesichts der seit Inkrafttreten des TierärztekammerG bestehenden **Kollektivvertragsfähigkeit** der Tierärztekammer; jede Änderung ist zugleich als Festsetzung des Mindestlohntarifs zu qualifizieren; Zulässigkeit des Individualantrags einer Tierärztesellschaft; Aufhebung der Verordnung mangels gesetzlicher Grundlage

10.12.2015, [B 1060/2013](#)

Stmk RaumordnungsgG; Anlassfall zu VfGH 26.11.2015, [V 105/2015 ua](#)

10.12.2015, [G 352/2015](#) (Anlassfall [E 1864/2014](#))

Wr MindestsicherungsgG; gleichheitsrechtliche **Unbedenklichkeit** der im Wr MindestsicherungsgG normierten **Anspruchsvoraussetzung** des **tatsächlichen Aufenthalts in Wien**; Möglichkeit einer verfassungskonformen Interpretation der Bestimmung angesichts des gesetzlichen Spielraums für eine Bedachtnahme auf berücksichtigungswürdige Gründe der Abwesenheit

10.12.2015, [G 639/2015](#)

BundesG über die Sanierung und Abwicklung von Banken; Zurückweisung eines Gerichtsantrags auf **Aufhebung von Bestimmungen des BaSAG** mangels präziser Zuordnung der vorgebrachten Bedenken zu den angefochtenen Bestimmungen

B. Verwaltungsgerichtshof

16.12.2015, [2013/17/0257](#)

NÖ BauO; ggst wurden für eine Grundabteilung, im Zuge derer ua das verfahrensgegenständliche Grundstück geschaffen wurde, dem damaligen Abteilungswerber **Aufschließungsbeiträge** iSd § 14 Abs 1 NÖ BauO 1968 vorgeschrieben; diese Abgabenvorschrift steht einer neuerlichen Geltendmachung der Aufschließungsabgabe auf Grundlage des nunmehrigen § 38 Abs 1 Z 2 NÖ BauO 1996 entgegen, unabhängig davon, ob sie auch zu einer Entrichtung geführt hat

16.12.2015, [Ro 2014/10/0125](#)

Stmk NaturschutzG; konsenslos vorgenommene Erdbewegungen; das VwG hat sich nicht mit dem **Gutachten des Amts-SV** auseinandergesetzt, sondern hat seine **Beweiswürdigung** lediglich auf das von der mb Partei vorgelegte **Privatgutachten** gestützt, weshalb die vom VwG getroffenen Feststellungen, wonach durch das Vorhaben keine negativen Auswirkungen zu erwarten seien und auch keine Verunstaltung des Landschaftsbilds vorliege, nicht tragfähig sind

17.12.2015, [2012/05/0063](#)

NÖ BauO; Aufhebung eines bescheidmäßigen Auftrags zur Nachbesserung eines vorgelegten statischen Gutachtens sowie zur Sanierung einer bestehenden Einfriedungsmauer; auf Grund widersprüchlicher Angaben zur Mauerhöhe durfte die belangte Behörde nicht davon ausgehen, dass der erteilte **Baufauftrag** deshalb nicht erforderlich sei, weil bereits ein vollständiges und schlüssiges Gutachten zur Frage der Standsicherheit der Mauer vorhanden sei; mangelhafte Begründung hinsichtlich der Feststellung der belangten Behörde, wonach die Mauer keinen vollständigen Verputz aufgewiesen habe

17.12.2015, [2012/05/0064](#)

NÖ BauO; Aufhebung eines **Baufauftrags** zur Herstellung einer technisch einwandfreien Sammlung und Ableitung der Niederschlagswässer und zur Sanierung bestehender Außenwände durch die Vorstellungsbehörde; die belangten Behörde hat rechtswidriger Weise angenommen, dass die um 1880 erfolgte Errichtung des ggst Gebäudes ohne Dachrinnen deshalb rechtskonform sei, weil sie den Bestimmungen der NÖ BauO 1883 entsprochen habe

17.12.2015, [2012/05/0153](#)

UVP-G; bescheidmäßige Feststellung, dass das ggst Vorhaben der **Errichtung und des Betriebs eines Biomasseheizkraftwerks** nicht der Verpflichtung zur Durchführung einer **Umweltverträglichkeitsprüfung** unterliegt; die belangte Behörde ging unzutreffend davon aus, dass Feuerungsanlagen, die Immissionen unterhalb der Nachweisgrenze von Messgeräten verursachen, nicht berücksichtigt werden müssen und dass die durch die NOx-Emissionen der Feuerungsanlagen bewirkten sogenannten sekundären Feinstaubimmissionen diesen Anlagen nicht zuzurechnen seien

17.12.2015, [2012/07/0137](#)

UVP-G; WasserrechtsG; die in ihren wasserrechtlich geschützten Rechten betroffenen Grundeigentümer in einem wasserrechtlichen Bewilligungsverfahren erfüllen als Teil der betroffenen Öffentlichkeit die Anforderung eines ausreichenden Interesses, um gegen eine Entscheidung, dass kein UVP-Verfahren durchzuführen ist, einen Rechtsbehelf einlegen zu können; der **UVP-Feststellungsbescheid** hat gegenüber diesen Personen **keine Bindungswirkung**; unvollständige Beweisaufnahme durch die Behörde; Bescheid stützt sich auf ein mangelhaftes Gutachten

17.12.2015, [2013/05/0101](#)

NÖ BauO; Aufhebung einer Baubewilligung für eine Reithalle durch die Vorstellungsbehörde; die belangte Behörde ist unzutreffend davon ausgegangen, dass der ersten Instanz mangels **Parteiantrags** die Befugnis zur **Erlassung der Bauplatzerklärung** fehle

17.12.2015, [2013/07/0233](#)

WasserrechtsG; Vorschreibung von **Maßnahmen zur Vermeidung einer Gewässerverunreinigung**; die belangte Behörde hat sich nicht mit dem Vorbringen der Bf, dass die vorgefundenen Bodenkontaminationen nicht durch ihren erst 1993 aufgenommenen Tankstellenbetrieb, sondern durch frühere Betreiber einer Tankstelle auf dem Gelände verursacht worden und die von ihr verwendeten Öltanks dicht seien, befasst

17.12.2015, [Ra 2014/05/0045](#)

NÖ BauO; baubehördliche Bewilligung für die Abänderung eines bestehenden Gebäudes „auf ein Einfamilienhaus im beantragten Umfang, ausgenommen jene Teile welche als Bestand ausgewiesen sind“; auch eine **gläserne Konstruktion** kann eine **Minderung des freien Lichteinfalls** bewirken; das VwG ist jedoch nicht auf die Frage eingegangen, ob durch die ggst vorgesehene Glasbrüstung eine Beeinträchtigung der Belichtung herbeigeführt würde

17.12.2015, [Ra 2015/07/0122](#)

AbfallwirtschaftsG; nicht jede **Lagerung von Abfällen** bedarf einer behördlichen Bewilligung; das LVwG hätte die **Bewilligungspflicht** der ggst Lagerung von Bodenaushub konkret prüfen und entsprechend begründen müssen; nur wenn das VwG feststellt, dass tatsächlich eine Bewilligungspflicht bestand, bedarf es keiner weiteren Auseinandersetzung mehr mit der Frage, ob die **Lagerung auf einem geeigneten Ort** iSd § 15 Abs 3 Z 2 AbfallwirtschaftsG erfolgte

22.12.2015, [Ro 2014/06/0076](#)

Sbg CampingplatzG; das Sbg CampingplatzG räumt ein **Nachbarrecht** darauf ein, dass keine Beeinträchtigung in unzumutbarem Ausmaß erfolgt; die rw Parteien haben dbzgl keine **rechtzeitigen Einwendungen** erhoben; die „Beantragung“ der Einhaltung der gemeindeinternen Rasenmäherzeiten, der Nachtruhezeiten und der Bestimmungen der alten Campingplatzgenehmigung bringt nicht zum Ausdruck, dass sich die rw Parteien durch das konkrete Projekt in ihren Nachbarrechten verletzt erachten

C. Verwaltungsgerichte

BVwG 24.11.2015, [W170 2104835-1](#)

WaffenG; Zurückweisung eines Antrags auf Erteilung einer Ausnahmegewilligung zum Besitz einer **Repetierbüchse**; bei der ggst Waffe handelt es sich mangels entsprechender Munition zum Entscheidungszeitpunkt um keine Panzerbüchse; für die **Beurteilung der panzerbrechenden Wirkung einer Waffe** sind nur die am Markt verfügbaren oder unter realisti-

schen Bedingungen selbst laborierbaren Patronen oder auch potentiell in der Zukunft zu erwartende Patronen zu berücksichtigen

LVwG Oö 05.01.2016, [LVwG-850433 5](#)

RechtsanwaltsO; der mit der Verschaffung von Kenntnissen des türkischen Ehescheidungsrechts verbundene Aufwand stellt keinen zureichenden Grund für eine **Umbestellung gem § 45 RechtsanwaltsO** dar, zumal die Vertretungsbefugnis der Rechtsanwälte nicht bloß auf jene Rechtsmaterien beschränkt ist, die Gegenstand der Rechtsanwaltsprüfung waren

LVwG Oö 12.01.2016, [LVwG-650532](#)

FührerscheinG; die **rückwirkende Berechnung der Führerscheinentzugsdauer** gem § 29 Abs 4 FührerscheinG ist eine Ausnahme vom Grundsatz, dass Bescheide erst ab ihrer Erlassung Rechtswirkungen entfalten; die rückwirkende Entziehung ist nur möglich, wenn die Lenkberechtigung gem § 39 leg cit, dh von einem der dort angeführten Organe auf Basis dieser Rechtsgrundlage vorläufig abgenommen wurde; die Abnahme bzw Sicherstellung des Führerscheins durch andere Personen oder auf Basis anderer Rechtsgrundlagen stellt keine vorläufige Abnahme iSd § 39 leg cit dar

LVwG Oö 14.01.2016, [LVwG-601170](#)

Amts- und Rechtshilfevertrags Ö – BRD; Zustellung eines Straferkenntnisses an eine in der **BRD** ansässige GmbH; Art 10 des Amts- und Rechtshilfevertrags Ö – BRD lässt nur eigenhändige Zustellungen mittels Rückschein durch die Post oder eine solche im Wege der Amtshilfe durch die Behörde zu; eine Heilung eines fehlgeschlagenen postalischen Zustellversuchs durch nachfolgende **E-Mail-Zustellung kommt nicht in Betracht**

Hinweis: Die verlinkten Rechtssätze des LVwG Oberösterreich werden von diesem zur Verfügung gestellt. Die Langfassungen der Entscheidungen können etwa zwei Monate nach dem jeweiligen Entscheidungsdatum über die Homepage des LVwG Oberösterreich (www.lvwg-ooe.gv.at) abgerufen werden. In gesammelter Form können diese Rechtssätze in der Online-Zeitschrift „Spektrum der Rechtswissenschaft“ (www.spektrum-der-rechtswissenschaft.at; seit Jänner 2013) sowie im RIS eingesehen werden.

LVwG Sbg 16.12.2015, [LVwG-17/157/11-2015](#)

VwGVG; Grundvoraussetzung der Bewilligung einer **Wiederaufnahme des Verfahrens** ist, dass eine Revision beim VwGH gegen das Erkenntnis des VwG nicht mehr zulässig ist; diese Voraussetzung war ggst nicht erfüllt, zumal der Antragsteller eine **(außerordentliche) Revision beim VwGH eingebracht** und dieser mit Beschluss darüber entschieden hat

LVwG Tir 16.12.2015, [LVwG-2015/43/1380-10](#)

Tir RaumordnungsG; die Ausnahmebestimmung des § 55 Abs 1 Tir RaumordnungsG kommt nicht zur Anwendung, wenn sich im Bereich eines zusammenhängend bebauten Gebiets lediglich ein einziges unbebautes Grundstück befindet; die Tatsache, dass innerhalb des bebauten Gebiets ein weiteres unbebautes Grundstück vorhanden ist, dass lediglich durch eine Verkehrsfläche vom Bauplatz getrennt ist, ändert für sich nichts am **Vorliegen einer Baulücke**

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

19.01.2016, Rs C-361/14 P, [Kommission / McBride ua \(GA Sharpston\)](#)

Rechtsmittel – **Auslegung von Art 266 AEUV** – Art 4 Abs 2 der Entscheidung 97/413/EG des Rates – **Maßnahmen zur Erhaltung der Bestände und Umstrukturierung des Fischereisektors** – Anträge auf Erhöhung der Sicherheitstonnage – Nichtigerklärung der Entscheidung 2003/245/EG der Kommission, mit der sie Anträge auf Erhöhung der Sicherheitstonnage ablehnte, durch das Gericht – Befugnis und Rechtsgrundlage für den Erlass neuer Entscheidungen – **Nichtigerklärung von neuen Entscheidungen**, mit denen **Anträge auf Erhöhung der Sicherheitstonnage abgelehnt wurden**, durch das Gericht

[19.01.2016, Rs C-566/14, Marchiani / Parlament \(GA Wathelet\)](#)

Rechtsmittel – **Mitglied des Europäischen Parlaments** – Zulage für parlamentarische Assistenz – **Einziehung von zu Unrecht bezogenen Beträgen** – Verordnung (EU, Euratom) Nr 966/2012 – Delegierte Verordnung (EU) Nr 1268/2012 – Verjährung – Angemessene Frist – Urteil Überprüfung Arango Jaramillo ua /EIB (C-334/12 RX-II, EU:C:2013:134) – Urteil Nencini/Parlament (C-447/13 P, EU:C:2014:2372)

[20.01.2016, Rs C-561/14, Genc \(GA Mengozzi\)](#)

Assoziierungsabkommen EWG–Türkei – Beschluss Nr 1/80 – Freizügigkeit der Arbeitnehmer – Familienzusammenführung – Nationale Regelung, die **neue und strengere Bedingungen für die Familienzusammenführung** im Fall **nicht erwerbstätiger Familienangehöriger** von erwerbstätigen türkischen Staatsangehörigen vorsieht, die sich im fraglichen Mitgliedstaat aufhalten und dort aufenthaltsberechtigt sind – **Stillhalteklausele** – Anwendungsbereich – Neue Beschränkung – Rechtfertigung – Zwingender Grund des Allgemeininteresses – Verhältnismäßigkeit

B. Schlussanträge

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

C. Gericht

Keine relevanten Entscheidungen im Berichtszeitraum.

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

19.01.2016, Beschwerde Nr. [17429/10](#), Kalda / Estland

Verletzung von Art 10 EMRK (Recht auf freie Meinungsäußerung); keine Verpflichtung der Staaten, **Gefängnisinsassen Internetzugang** zu gewährleisten; im Fall der Ermöglichung des Internetzugangs bedarf die **Sperre** einzelner Websites jeweils einer speziellen **Begründung**; im Fall des inhaftierten Bf stellte Sperre von drei Internetseiten mit Zugang zu Rechtsinformationen einen nicht gerechtfertigten Eingriff in sein Recht auf Informationsfreiheit dar

19.01.2016, Beschwerde Nr. [49085/07](#), Görmüş ua / Türkei

Verletzung von Art 10 EMRK (Recht auf freie Meinungsäußerung); konventionswidrige Durchsuchung und **Beschlagnahme** sämtlicher **Computerdateien** des von den Bf herausgegebenen Wochenmagazins, das einen **kritischen Artikel** über das Militär von öffentlichem Interesse veröffentlicht hatte; ungerechtfertigter Eingriff betrifft den **Schutz journalistischer Quellen**, die Geheimhaltung vertraulicher Dokumente und den Schutz von Whistleblowern

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Hofrat Dr. Alfred Grof (Landesverwaltungsgericht Oberösterreich); Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth; Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Univ.-Ass. Mag. Sebastian Mauernböck, Mag. Matthäus Schmied, Wiss.-Mit. Sarah Heiml

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.